

3.8 Das Recht auf Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung



Es wird zwischen verschiedenen Formen der Kinderarbeit unterschieden. Dieses Kapitel bezieht sich vor allem auf gefährliche und ausbeuterische Kinderarbeit.

Jedes Kind muss geschützt werden vor Arbeiten, die:

- seiner Gesundheit schaden
- seiner körperlichen oder geistigen Entwicklung schaden
- seiner Bildung schaden

Kinder, die arbeiten müssen, sind oft Opfer von Ausbeutungen aller Art

- Zu schwere und gefährliche Arbeiten
- Zu geringer Lohn
- Zu lange Arbeitszeiten

Kinderarbeiter*innen haben oft keinen Zugang zu Bildung, Gesundheit oder Freizeit

Kinder arbeiten in verschiedenen Bereichen

- Landwirtschaft
→ z. B. auf Plantagen, in Minen
- Industrie
→ z. B. in Textilfabriken
- Dienstleistungsbereich
→ z. B. im Haushalt, als Straßenverkäufer, in der Prostitution)

Kinder müssen geschützt werden vor Kinderhandel und Entführung

Damit Kinder geschützt werden, braucht es:

- Regelungen und Gesetze zu:
 - Mindestalter
 - Arbeitszeit
 - Arbeitsbedingungen
- Strenge Kontrollen und Strafen bei Nichtbeachtung des Rechts



Das Recht auf Schutz wirtschaftlicher Ausbeutung

Formen der Kinderarbeit

- **Erwerbstätige Kinder:**
Alle Kinder unter 18 Jahren, die einmal pro Woche mindestens eine Stunde arbeiten, häusliche Pflichten und Schularbeit ausgeschlossen
- **Kinderarbeiter*innen:**
Kinder, die eine Arbeit verrichten, die über das Mindestalter verboten sein sollte
- **Gefährliche Arbeit:**
Tätigkeiten oder Beschäftigungen, die schädlich sind für die Sicherheit, die körperliche oder seelische Gesundheit und die sittliche Entwicklung des Kindes

Gründe für die wirtschaftliche Ausbeutung von Kindern

- Armut
 - Kinder arbeiten, um ihre Eltern zu unterstützen und um zum Familieneinkommen beizutragen
 - Kinder arbeiten, um ihre Grundbedürfnisse erfüllen zu können
 - Kinder arbeiten, um ihr Schulgeld zu bezahlen
 - Kinder sind auf sich allein gestellt und müssen sich selbst (und ihre Geschwister) ernähren
- Fehlende Kinderschutzmaßnahmen
 - Mangel an Gesetzen zum Schutz von Kindern
 - Mangel an Kontrollen und Strafen bei Zuwiderhandlung (z. B. Kinderarbeit in den Lieferketten großer, multinationaler Unternehmen)
- Bestimmte soziokulturelle Einstellungen gegenüber Kindern und Kindheit, Geschlechterrollen oder der Wichtigkeit von Schulbildung
 - Manche Traditionen (z. B. Schuldknechtschaft, Kinder-Dienstboten-System) zeugen von der tiefen gesellschaftlichen Verankerung ausbeuterischer Kinderarbeit
 - Die Diskriminierung von Minderheiten führt zu mehr Kinderarbeit in diesem Milieu
 - Mädchen müssen oft schon früh Arbeiten im Haushalt übernehmen oder nach ihrer Zwangsfrühverheiratung für ihren eigenen Haushalt sorgen

Konsequenzen der wirtschaftlichen Ausbeutung von Kindern

- Schwere körperliche und psychologische Probleme (z.B. Rückenbeschwerden, psychische Probleme)
- Arbeitende Kinder werden oft Opfer von Kriminalität und Missbrauch
 - Kinder können sich schlechter wehren und werden ausgebeutet
 - Arbeitende Kinder sind häufiger Opfer sexueller Gewalt
- Missachtung des Rechts auf Ruhe, Freizeit und Spiel arbeitender Kinder
- Fehlende Bildung und schlechte Zukunftsperspektiven: Oft beginnt so ein Teufelskreis, der auch für die nächste Generation erneut in Kinderarbeit endet

Maßnahmen zum nachhaltigen Schutz von Kindern vor wirtschaftlicher Ausbeutung

- Arbeitende Kinder müssen durch Regelungen zu Mindestalter, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sowie die strenge Kontrolle dieser Regelungen geschützt werden
 - Ihnen muss der Wechsel von gefährlicher zu ungefährlicher Arbeit ermöglicht werden
- Abschaffen von Traditionen und Praktiken, die ausbeuterische Kinderarbeit fördern
- Verbesserung von Bildungschancen: Angepasste Bildungsangebote für arbeitende Kinder
- Einkommensschaffende Maßnahmen für die Eltern
- Beteiligung arbeitender Kinder selbst: Kinder müssen mitreden können, wenn es um ihre Belange geht (z.B. in Kindergewerkschaften)
- Unternehmen müssen durch Lieferkettengesetze dadurch verpflichtet werden, die Kinder- und Menschenrechte in ihren Lieferketten zu achten
Notwendigkeit strenger Strafen bei Missachtung
- Aufklärungsarbeit bei Konsument*innen zu verantwortungsbewusstem Konsum